



David Harvey

Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln

Den Kapitalismus und seine Krisen überwinden

Aus dem Amerikanischen von Christian Frings

288 Seiten | 2014 | EUR 19.80

ISBN 978-3-89965-442-4

[Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln](#)



Buchempfehlung

Mit David Harvey die Rätsel des Kapitals entschlüsseln und den Kapitalismus und seine Krisen überwinden

Im VSA-Verlag (HH) ist dieser Tage ein weiteres Buch des marxistischen Sozialwissenschaftlers aus den USA, David Harvey, in deutscher Übersetzung - durch den Kölner Autor, Übersetzer und Kenner der Harvey-Texte Christian Frings - herausgegeben worden: **Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln**, das unter dem Originaltitel „The Enigma of Capital and the Crisis of Capitalism“ auf dem Hintergrund der großen Wirtschaftskrise Ende des letzten Jahrzehnts bereits 2010 in London erschienen ist.

Der am 31. Oktober 1935 in Gillingham (Kent) geborene David W. Harvey, ist ein angloamerikanischer Humangeograf und Sozialtheoretiker. 1973 wurde er durch sein Werk „Social Justice and the City“ zu einem führenden Verfechter marxistischer Ideen in der Geografie. Etwa seit Anfang/Mitte der 1980er-Jahre ist er der meistzitierte Geograf der Welt. Zu seinem wissenschaftlichen und politischen Werdegang hat er in einem Interview (2004 in der Zeitschrift „Z“ Nr. 59) dargelegt: „Ich bin ausgebildeter Geograf. Diesem Themengebiet steht das Studium von Fragen städtischer Entwicklung und Umweltfragen in einem globalen Kontext sehr nahe, für das ich mich stets interessiert habe. Gegen Ende der 1960er Jahre erschien es mir wichtig, diesen Themenbereich aus einer kritischeren Perspektive zu betrachten. Das war dann auch der Punkt, an dem ich mich mit der marxistischen Theorie beschäftigte. Ich arbeitete mich intensiv in die marxistische Theorie ein und übertrug sie auf Stadt-Umwelt-Fragen. Den Marxismus und das Studium von Urbanisierungsprozessen und Umweltfragen zusammen zu bringen, gestaltete sich nicht immer leicht. Damals scherzte ich im Gespräch mit meinen Kollegen oft, daß es einfacher sei, den Marxismus in das Themengebiet, das mich interessierte, zu importieren, als mein Forschungsgebiet in den Marxismus zu integrieren. Das sind also im Großen und Ganzen die Sachen, die ich in den letzten zwanzig oder dreißig Jahren als meine politische Agenda betrieb. Ich bin kein politischer Organisierer, jedoch habe ich selbstverständlich versucht, städtische soziale Bewegungen, die sich um die verschiedensten Fragestellungen rankten, zu unterstützen und ein Verständnis der sozialen Bewegungen in meine Arbeiten zu integrieren.“

Harvey ist bekannt geworden einmal durch seine Analysen neuer imperialistischer Entwicklungen, die er auch als globale Enteignungsökonomie, „Akkumulation durch Enteignung“, diagnostiziert. zum anderen durch seine Einführungs-Vorlesungen zum Marxschen „Kapital“, die auch online verfügbar sind: <http://davidharvey.org/>. Heute ist er Dozent am Graduate Center der City University of New York und Autor zahlreicher

Bücher.. Auf Deutsch erschienen von ihm unter anderem: (2007) „[Der neue Imperialismus](#)“ und „[Räume der Neoliberalisierung](#)“, „[Die verschlungenen Pfade des Kapitals](#)« (Gespräch mit Giovanni Arrighi, 2009), „[Marx' ›Kapital‹ lesen](#)« (eine begleitende Einführung in den I. Band - 2011) und 2012 die Flugschrift „[kapitalismuskritik](#)«. Im Suhrkamp-Verlag wurde Ende 2013 sein Buch „[Rebellische Städte](#)« herausgegeben. Vor-angekündigt sind ein Band zu „[Marx' Methode im ›Kapital‹ Geschichte vs. Theorie?](#)“ und eine Übersetzung des bereits auf englisch erschienenen Vorlesungsbandes zum II. Band des „Kapitals“.

Das Inhaltsverzeichnis macht deutlich, was wir von Harveys jüngst erschienenem Buch „Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln - Den Kapitalismus und seine Krisen überwinden“ erwarten können.

Nach der Beschreibung der Krise und ihrer Ursachen - Kapitel 1: *Der Zusammenbruch* – nimmt uns Harvey, ähnlich wie ein „Begleiter“ bei seinen Kapital-Einführungskursen, mit auf die Reise, die Ströme des Kapitals in allen Adern und Gefäßen des gesellschaftlichen Körpers und des Globus zu verfolgen, seine oft verschlungenen und meist zerstörerischen Pfade und die Logik dieser Prozesse unter kapitalistischen Verhältnissen zu erfassen und zu verstehen - Kapitel 2: *Das Kapital versammelt sich* - Kapitel 3: *Das Kapital geht zur Arbeit* - Kapitel 4: *Das Kapital betritt den Markt* - Kapitel 5: *Das Kapital entfaltet sich* - Kapitel 6: *Die Geografie des Ganzen* - Kapitel 7: *Kreative Zerstörung des Bodens*.

Harvey möchte, und ich denke mit diesem gut lesbaren Buch gelingt es ihm auch, die Bedingungen, die Störungen und Zerstörungen, mit denen wir in kapitalistischen Gesellschaften konfrontiert sind, erkennbar machen, ihre Wege und Ursachen darlegen, damit wir uns klarer werden können, wie und welche Auswege zu suchen und zu erkämpfen sind. Da Harvey sich nicht nur als kritischer Theoretiker sondern auch Streiter für gesellschaftliche Veränderungen versteht, folgt zwangsläufig auch das - Kapitel 8: *Was tun? Und wer wird es tun?* – aus dem wir im Anschluss einige wichtige „Auszüge“ bringen.

In einem Nachwort zu dem Buch vom Januar 2011 schreibt Harvey:

„Das Kapital, so meine Schlussfolgerung, löst nie seine Krisentendenzen, sondern verlagert sie nur – in doppeltem Sinne: von einem Teil der Welt in einen anderen, und von einem Problem zum nächsten. So wirkte sich die Krise, die zunächst auf den Immobilienmärkten im Süden und Südwesten der USA (und denen in England, Irland und Spanien) ausgebrochen war, auf die Finanzmärkte in New York City und London aus, um dann global und fast überall zu einer Gefahr für den Welthandel zu werden – nachdem sie ihren Weg durch die isländischen Banken, die Investmentgesellschaft Dubai World, den Bankrott Lettlands, das kalifornische Haushaltsdesaster und die griechische und irische Schuldenkrise genommen hatte. Das globale Finanzsystem scheint durch ein Flickwerk von Regierungsinterventionen stabilisiert worden zu sein, auch wenn einige nationale Bankensysteme wie die von Irland, Portugal und Spanien angesichts des großen Volumens an toxischen Aktiva, das der vorhergehende Boom fiktiver Immobilienwerte hinterlassen hatte, noch auf weitere Rettungsmaßnahmen angewiesen sein dürften. Im Endeffekt ist die Wucht der Krise von den Banken auf die Staatsschuld verlagert worden. In Nordamerika und Europa sind als Antwort auf die anschwellende Staatsschuld drakonische Austeritätsprogramme angekündigt und durchgesetzt worden, um die Schulden auf Kosten des öffentlichen Wohlergehens durch Kürzungen bei den staatlichen Versorgungsleistungen abzubauen. (...)

Es muss eine Alternative gefunden werden. Dafür ist die Entstehung einer globalen korevolutionären Bewegung entscheidend – nicht nur, um die Flut selbsterstörerischen kapitalistischen Verhaltens einzudämmen (was schon für sich ein beachtlicher Erfolg wäre), sondern auch, um uns selbst zu reorganisieren und damit zu beginnen, neue kollektive Organisationsformen aufzubauen, Wissensbanken und neue gedankliche Vorstellungen zu schaffen, neue Technologien und Systeme der Produktion und Konsumtion zu entwickeln, während wir zugleich mit neuen institutionellen Arrangements, neuen Formen von gesellschaftlichen Verhältnissen und Beziehungen zur Natur experimentieren und das zunehmend städtische Alltagsleben umgestalten.

Das Kapital hat uns unzählige Mittel bereitgestellt, mit denen wir an die Aufgabe des antikapitalistischen Übergangs herangehen können. Aber die Kapitalisten und ihr Gefolge werden alles in ihrer Macht Stehende tun, um diesen Übergang zu verhindern, wie drängend die Umstände auch sein mögen. Die Aufgabe des Übergangs liegt bei uns, nicht bei den Plutokraten. ...“

Das fast 300 Seiten umfassende Buch bringt außer dem Vor- und aktualisierten Nachwort im Text einige illustrierende Grafiken und hat im Anhang zwei Tabellen, über „Größere Schuldenkrisen und Rettungspakete“ sowie „Finanzinnovationen und Entwicklung der Derivatmärkte in den USA“ in den Jahren von 1973 – 2009, und zum Abschluss erfreulicherweise auch ein Register.

Ulrich Leicht, Rentner, Vorstandsmitglied bei Labournet.de

Es folgt die **Leseprobe** (S. 217-221 und S. 232 -251) aus **Kapitel 8: Was tun? Und wer wird es tun?**

und die globalen Aktienmärkte gerieten ins Wanken, bis das ölfreiche Emirat Abu Dhabi seine Hilfe anbot. Kurz darauf konnte Griechenland (wie zuvor schon Lettland) Fälligkeiten aus seinen Staatsschulden nicht mehr bedienen und Analysten fragten sich, ob Irland, Spanien oder sogar Großbritannien als nächste drankommen könnten. Wird die Europäische Union gemeinsam ihre Mitgliedsländer unterstützten oder wird sie unter dem finanziellen Druck faktisch zerfallen? Währenddessen brummt die chinesische Wirtschaft mit 8% Wachstum, das sich auf ein riesiges Programm von Investitionen in die Infrastruktur stützt, sowie den Aufbau neuer Produktionskapazitäten, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, was aus den alten wird. Auch bei diesem Boom wird sich erst viel später herausstellen, dass mit der massiven spekulativen Kreditvergabe der chinesischen Banken, die auf Weisung der Zentralregierung handeln, Überkapazitäten geschaffen wurden. Aber was sollte China mit seinen enormen Reserven an überschüssigen und widerspenstigen Arbeitskräften sonst tun? Einstweilen wird so der innere Markt in China belebt und die steigende effektive Nachfrage im Inland kann den Verlust von Exportmärkten zum Teil ausgleichen. Auf ähnliche Weise findet Indien zum Wachstum zurück, das über einen riesigen inneren Markt verfügt und kaum von Exporten abhängig ist – außer im Bereich der Dienstleistungen, die aber von der Krise weniger als andere Sektoren betroffen waren. Aber die Vorteile sind schlecht verteilt. Mitten in der Krise stieg die Zahl der indischen Milliardäre im Jahr 2008 dem Magazin *Forbes* zufolge von 27 auf 52. Ist dies ein weiteres Beispiel dafür, wie in der Krise die Vermögen zu ihren angeblich rechtmäßigen Besitzern zurückkehren? Kurzum, die ungleichzeitige geografische Entwicklung von Krise und Aufschwung geht weiter.

Je schneller wir aus dieser Krise herauskommen und je weniger überschüssiges Kapital jetzt zerstört wird, desto geringer wird der Spielraum sein, um zu einem langfristigen robusten Wachstum zurückzukehren. Bis Mitte 2009 sind laut IWF-Angaben mindestens 55 Billionen US-Dollar an Vermögenswerten verloren gegangen, was ziemlich genau der globalen Jahresproduktion von Gütern und Dienstleistungen entspricht. Das Niveau der Gesamtproduktion befindet sich wieder auf dem Wert von 1989. Und bevor wir aus dieser Krise heraus sind, könnten über 400 Billionen US-Dollar vernichtet worden sein. Eine neue alarmierende Berechnung kommt zu dem Schluss, dass sich allein die staatlichen Vermögensgarantien der USA auf 200 Billionen belaufen. Es ist unwahrscheinlich, dass es zum Ausfall all dieser Vermögenswerte kommt, aber schon die Vorstellung, dass ein Teil davon faul wird, ist ernüchternd genug. Nur ein konkretes Beispiel: Die beiden

großen Hypothekenbanken Fannie Mae und Freddie Mac, die mittlerweile vom Staat übernommen wurden, haben Hypotheken von über 5 Billionen US-Dollar in den Büchern, von denen viele ausfallen könnten (allein im Jahr 2008 mussten 150 Milliarden abgeschrieben werden). Was also sind die Alternativen?

Schon lange träumen viele auf der Welt davon, sich durch die Mobilisierung der menschlichen Leidenschaften auf die gemeinsame Suche nach einem für alle besseren Leben zu begeben und damit eine Alternative zur kapitalistischen (Ir-)Rationalität zu entwerfen und auf vernünftige Weise zu verwirklichen. Zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten sind solche Alternativen – die in der Geschichte unter dem Namen Sozialismus oder Kommunismus bekannt sind – ausprobiert worden. In den 1930er Jahren stellten diese Visionen in der einen oder anderen Form einen Hoffnungsträger dar. Aber in der letzten Zeit haben beide ihren Glanz verloren und gelten nicht mehr als wünschenswert. Den historischen Experimenten mit dem Kommunismus ist es nicht gelungen, ihre Versprechungen zu erfüllen, und kommunistische Regimes neigten dazu, ihre Fehler hinter Repression zu verbergen. Aber darüber hinaus wird auch bezweifelt, ob die menschliche Natur eine solche Alternative überhaupt möglich mache und ob sich die Menschen und ihre Institutionen hinreichend vervollkommen ließen.

Zu beachten ist der Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus. Sozialismus ist darauf ausgerichtet, den Kapitalismus so zu verwalten und zu regulieren, dass seine Auswüchse abgemildert und seine Früchte im Sinne des Allgemeinwohls umverteilt werden. Es geht darum, den Reichtum durch eine progressive Besteuerung breiter zu verteilen und Grundbedürfnisse wie Ausbildung, Gesundheitsversorgung und auch Wohnungen durch staatliche Politik zu befriedigen, statt sie den Marktkräften zu überlassen. Von den zentralen Errungenschaften des Umverteilungssozialismus in der Zeit nach 1945 sind viele – nicht nur in Europa – derart gesellschaftlich verankert, dass der neoliberale Angriff ihnen nichts anhaben konnte. Selbst in den USA sind Sozialhilfe und Medicare äußerst populäre Programme und es gelingt den rechtsgerichteten Kräften nicht, sie abzuschaffen. Die Thatcher-Leute in England konnten nur geringfügige Änderungen der staatlichen Gesundheitsversorgung herbeiführen. In Skandinavien und den meisten westeuropäischen Ländern scheinen die Sozialleistungen einen unerschütterlichen Grundstein der sozialen Ordnung zu bilden.

Im Sozialismus wird die Produktion von Überschüssen in der Regel entweder durch das aktive Eingreifen in den Markt geregelt oder durch die Verstaatlichung der sogenannten »Kommandohöhen« der Wirtschaft (Energie, Transport, Stahl und sogar Automobile). Die Geografie der Kapitalströme wird durch staatliche Eingriffe auf dieselbe Weise kontrolliert, in der sich der internationale Handel friedlich im Rahmen von Handelsabkommen entfaltet. Die Rechte der Arbeiterinnen werden sowohl am Arbeitsplatz wie auf dem Markt gestärkt. Diese Elemente des Sozialismus sind seit den 1980er Jahren fast überall zurückgedrängt worden. Faktisch hat die neoliberale Revolution die Produktion der Überschüsse erfolgreich privatisiert. Sie befreite die kapitalistischen Produzenten von Einschränkungen, einschließlich der geografischen, und zersetzte damit den progressiven Umverteilungscharakter der Staatsfunktionen. Das Ergebnis war die rasante Vertiefung der sozialen Ungleichheit.

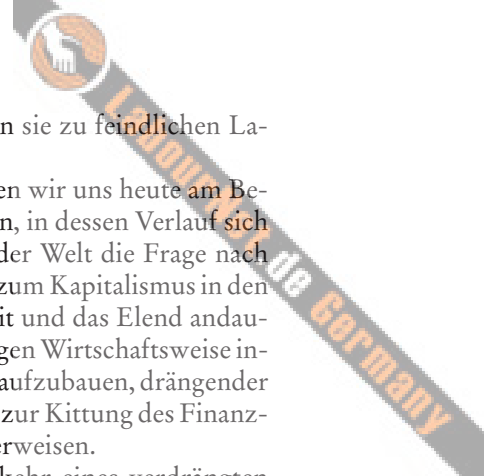
Der Kommunismus versucht hingegen, den Kapitalismus durch die Schaffung einer völlig anderen Weise der Produktion und der Verteilung von Gütern und Dienstleistungen zu überwinden. In der Geschichte des real existierenden Kommunismus bedeutete gesellschaftliche Kontrolle über die Produktion, den Austausch und die Verteilung immer staatliche Kontrolle und systematische staatliche Planung. Das erwies sich zwar auf lange Sicht als erfolglos, aber interessanterweise trugen die chinesische Variante (und frühere Versuche in Ländern wie Singapur) sehr viel mehr als das reine neoliberale Modell dazu bei, das Wachstum zu befördern – worauf wir hier nicht näher eingehen können. Heutige Versuche, die kommunistische Hypothese neu zu beleben, lehnen in der Regel die staatliche Kontrolle ab und suchen nach anderen Formen gesellschaftlicher Organisation, mit denen Marktkräfte und Kapitalakkumulation als grundlegende Organisationsformen von Produktion und Verteilung überwunden werden können. Im Zentrum einer neuen Form von Kommunismus sollen horizontal vernetzte statt hierarchisch kommandierte Systeme der Koordinierung von autonom organisierten und selbstverwalteten Produzenten- und Konsumentenkollektiven stehen. Mit Hilfe moderner Kommunikationstechnologien scheint ein solches System machbar zu sein. Überall auf der Welt wird in verschiedenster Weise und im kleinen Rahmen mit derartigen neu entwickelten ökonomischen und politischen Formen experimentiert. Dabei kommen sich marxistische und anarchistische Strömungen wieder näher, was an ihr kooperatives Verhältnis im Europa der 1860er Jahre erinnert. Erst nach der Pariser Kommune von 1871 und dem großen Krach von 1872 zwischen Karl Marx und einem der führenden Radikalen der damaligen

Zeit, dem Anarchisten Michael Bakunin, waren sie zu feindlichen Lagern geworden.

Auch wenn nichts ausgemacht ist, so könnten wir uns heute am Beginn eines langen Gesundschumpfens befinden, in dessen Verlauf sich nach und nach in den verschiedensten Teilen der Welt die Frage nach umfassenden und weitreichenden Alternativen zum Kapitalismus in den Vordergrund schiebt. Je länger die Unsicherheit und das Elend andauern, desto stärker wird die Legitimität der heutigen Wirtschaftsweise infrage gestellt und die Forderung, etwas anderes aufzubauen, drängender werden. Radikale Reformen statt Notlösungen zur Kittung des Finanzsystems könnten sich als immer notwendiger erweisen.

Wenn wir zum Beispiel heute die Wiederkehr eines verdrängten »keynesianischen Moments« erleben, der sich aber auf die Rettung der Oberschicht bezieht, könnten wir ihn nicht einfach umdrehen und auf die Arbeiterklasse ausrichten, die Keynes ursprünglich gemeint hatte (wohlgemerkt, aus ökonomischen und nicht aus politischen Gründen)? Ironischerweise würde die Ökonomie in dem Maße, in dem diese politische Wende vollzogen wird, zumindest den Anschein zeitweiliger Stabilität zurückgewinnen. Die Kapitalisten befürchten jedoch, dass jeder Schritt in diese Richtung den Benachteiligten, Unzufriedenen und Enttäuschten ein Gefühl ihrer Macht vermitteln und sie zu weitergehenden Forderungen anstacheln könnte – wie es Ende der 1960er Jahre der Fall war. »Reich ihnen den kleinen Finger, und sie nehmen die ganze Hand.« In jedem Fall müssten die Kapitalisten dazu bereit sein, etwas von ihrem individuellen Reichtum und ihrer eigenen Macht aufzugeben, um den Kapitalismus vor sich selbst zu retten. In der Geschichte haben sie sich dagegen immer heftig gewehrt.

Die ungleiche Entwicklung kapitalistischer Methoden auf der ganzen Welt hat jedoch zur Herausbildung von antikapitalistischen Bewegungen an allen möglichen Orten geführt. Das Unbehagen, das die staatszentrierten Ökonomien in weiten Teilen Ostasiens hervorrufen, unterscheidet sich von den heftigen Kämpfen gegen den Neoliberalismus in vielen Ländern Lateinamerikas, in denen die boliviarische Revolutionsbewegung der Volksmacht in einem eigentümlichen Verhältnis zu den kapitalistischen Klasseninteressen steht, ohne dass es schon zur ernsthaften Konfrontation gekommen wäre. Unter den Staaten der Europäischen Union herrscht trotz des zweiten Anlaufs zu einer gemeinsamen EU-Verfassung immer weniger Einigkeit darüber, mit welcher Taktik und Politik auf die Krise reagiert werden soll. Auch an den Rändern des Kapitalismus entstehen revolutionäre und entschieden antikapitalistische Bewegungen, die allerdings nicht alle einen fortschritt-



lichen Charakter haben. Räume wurden geöffnet, in denen sich etwas radikal Anderes in Bezug auf die herrschenden Gesellschaftsverhältnisse, Lebensweisen, Produktionsmöglichkeiten und geistigen Vorstellungen entwickeln kann. Das gilt gleichermaßen für die Taliban und die kommunistische Herrschaft in Nepal wie für die Zapatisten in Chiapas, die indigenen Bewegungen in Bolivien oder die maoistischen Bewegungen im ländlichen Indien, auch wenn ihre Ziele, Strategien und Taktiken meilenweit auseinanderliegen.

Das Kernproblem besteht darin, dass insgesamt keine entschlossene und hinreichend vereinheitlichte antikapitalistische Bewegung existiert, die auf globaler Ebene die Reproduktion der Kapitalistenklasse und das Fortbestehen ihrer Macht nennenswert infrage stellen könnte. Es zeichnet sich auch keine Möglichkeit ab, die gut geschützten Privilegien der kapitalistischen Eliten anzugreifen oder ihre überragende, auf Geld und Militär beruhende Macht im Zaum zu halten. Es existiert jedoch ein unbestimmtes Gespür dafür, dass nicht nur eine andere Welt möglich ist – wie es die Bewegung für eine andere Globalisierung in den 1990er Jahren formulierte (und zwar lautstark nach den Ereignissen, die als Schlacht von Seattle 1999 in die Geschichte eingingen und die das Treffen der Welthandelsorganisation durch Aktionen auf den Straßen gründlich durcheinandergebracht hatten) –, sondern dass mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums auch ein anderer Kommunismus möglich sein könnte. Ansatzweise deuten sich zwar alternative Gesellschaftsordnungen an, aber niemand weiß genau, wo oder was sie sind. Dass es keiner politischen Kraft gelingt, solch ein Programm zu formulieren oder gar auf die Tagesordnung zu setzen, sollte uns jedoch nicht davon abhalten, Alternativen zu skizzieren.

Die berühmte Frage von Lenin – »Was tun?« – kann sicherlich nicht ohne ein gewisses Gespür dafür beantwortet werden, wer es wo tun könnte. Aber eine globale antikapitalistische Bewegung wird kaum ohne eine lebendige Vision von dem, was warum getan werden soll, entstehen. Wir haben es mit einer wechselseitigen Blockierung zu tun: Das Fehlen einer alternativen Vision verhindert die Bildung einer Oppositionsbewegung, und das Ausbleiben einer solchen Bewegung macht die Formulierung der Alternative unmöglich. Wie lässt sich diese Blockierung überwinden? Aus diesem Wechselverhältnis zwischen der Vision von dem, was warum zu tun ist, und der Bildung einer politischen Bewegung an den verschiedensten Orten, die es dann tut, muss eine Spirale werden. Um tatsächlich etwas zu tun, muss jede Seite die andere verstärken. Sonst bliebe die mögliche Opposition auf ewig in einem geschlossenen Kreis gefangen, der jegliche Perspektive auf konstruk-

tive Veränderung zunichtemachen und uns schutzlos den zukünftigen, wiederkehrenden Krisen des Kapitalismus mit ihren immer tödlicheren Folgen überlassen würde.

Das zentrale Problem, vor dem wir stehen, liegt auf der Hand. Das Wirtschaftswachstum kann nicht ewig weitergehen und die Störungen, von denen die Welt in den letzten 30 Jahren heimgesucht wurde, weisen auf mögliche Schranken der ununterbrochenen Kapitalakkumulation, die sich höchstens durch die – auch nicht auf Dauer mögliche – Schaffung von fiktivem Kapital überwinden ließen. Hinzu kommen die Tatsachen, dass derartig viele Menschen auf der Welt in bitterer Armut leben, dass die Naturzerstörungen aus dem Ruder laufen, dass die Menschenwürde überall mit Füßen getreten wird, obwohl die Reichen sich immer mehr Reichtum unter den Nagel reißen, und dass die politischen, institutionellen, gerichtlichen, militärischen und medialen Machthebel dermaßen unter einer dogmatischen politischen Kontrolle stehen, dass sie kaum etwas anderes tun können, als den Status quo aufrechtzuerhalten.

Wenn revolutionäre Politik es schaffen will, den Wahnsinn der maßlosen Kapitalakkumulation anzugehen und sie als Haupttriebfeder der menschlichen Geschichte zu beseitigen, dann muss sie sehr genau verstehen, wie es zu gesellschaftlichen Veränderungen kommt. Die Fehler der früheren Versuche, einen dauerhaften Sozialismus oder Kommunismus aufzubauen, müssen vermieden und aus ihrer enorm komplizierten Geschichte Lehren gezogen werden. Klar sein muss aber auch, dass eine einheitliche antikapitalistische und revolutionäre Bewegung absolut notwendig ist. Grundlegendes Ziel dieser Bewegung ist es, die gesellschaftliche Kontrolle über die Produktion und die Verteilung der Überschüsse zu gewinnen.

Betrachten wir noch einmal die im 5. Kapitel dargestellte Theorie der Koevolution. Finden wir in ihr die Grundlage für eine korevolutionäre Theorie? Eine politische Bewegung kann von jedem Punkt ausgehen (dem Arbeitsprozess, den geistigen Vorstellungen, den Beziehungen zur Natur, den gesellschaftlichen Verhältnissen, der Entwicklung revolutionärer Technologien und Organisationsformen, aus dem Alltagsleben oder von Versuchen, institutionelle und administrative Strukturen zu reformieren einschließlich der Neugestaltung von staatlicher Macht). Die Kunst besteht darin, die politische Bewegung abwechselnd auf die verschiedenen Bereiche auszurichten, sodass sie sich wechsel-

die Krise ihre Wurzeln in der menschlichen Gier und daran lässt sich nun mal nichts ändern!

Die heutige Wissensstruktur ist eindeutig dysfunktional und genauso eindeutig illegitim. Es bleibt nur die Hoffnung, dass eine neue Generation scharfsinniger Studentinnen (im weiteren Sinne all derjenigen, die sich bemühen, die Welt zu verstehen) dies auch so sieht und darauf besteht, es zu ändern. In den 1960er Jahren ist das geschehen. Auch an anderen historischen Umbruchpunkten haben studentisch inspirierte Bewegungen die Kluft gesehen, die zwischen dem Geschehen in der Welt und dem lag, was ihnen gelehrt wurde und womit die Medien sie fütterten. Und sie waren entschlossen, daran etwas zu ändern. Von Teheran bis Athen und an vielen europäischen Universitäten gibt es Anzeichen einer solchen Bewegung. Mit großer Sorge dürfte man in Beijing in den Fluren der politischen Macht verfolgen, wie sich die neue Generation der chinesischen Studenten verhalten wird.

Eine von Studentinnen geführte revolutionäre Jugendbewegung ist – mit allen ihren offensichtlichen Ungewissheiten und Problemen – eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung, um diese Revolutionierung der geistigen Vorstellungen herbeizuführen, die uns eine vernünftiger Lösung für die aktuellen Probleme des endlosen Wachstums aufzeigen kann. Als erstes wird sie lernen müssen, dass ein ethischer und sozial gerechter Kapitalismus ohne Ausbeutung und zum Wohle aller ein Ding der Unmöglichkeit ist. Er würde dem widersprechen, was das eigentliche Wesen des Kapitals ausmacht.

Was würde geschehen, wenn sich aus einem breiten Bündnis der Unzufriedenen, Entfremdeten, Benachteiligten und Enteigneten eine anti-kapitalistische Bewegung entwickeln ließe? Allein die Vorstellung, dass all diese Menschen sich überall erheben und erfolgreich um ihren angemessenen Platz im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben kämpfen, hat etwas Bewegendes. Mit Hilfe dieser Vorstellung können wir uns auch besser mit der Frage beschäftigen, was die Forderungen dieser Menschen sein könnten und was zu tun ist.

Zu den Unzufriedenen und Entfremdeten gehören all jene, die aus welchem Grund auch immer der Ansicht sind, dass der gegenwärtige Pfad der kapitalistischen Entwicklung in eine Sackgasse oder sogar in eine Katastrophe für die Menschheit führt. Die Gründe für diese Meinung sind höchst unterschiedlich und mehr oder weniger überzeugend. Viele Menschen, einschließlich vieler Wissenschaftlerinnen, halten die

sich abzeichnenden ökologischen Schranken für unüberwindbar. Für sie muss das langfristige Ziel eine stationäre Weltwirtschaft und Weltbevölkerung sein und es gilt, eine neue politische Ökonomie der Natur auszuarbeiten. Das bedeutet eine radikale Umgestaltung des Alltagslebens, der Urbanisierung, der vorherrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse, der Produktionssysteme und der institutionellen Arrangements. Es würde eine große Sensibilität gegenüber den geografischen Unterschieden erfordern. Neue Umwelten und neue Geografien müssten erzeugt werden, die an die Stelle der alten treten. Ebenso müsste sich der Verlauf der technologischen Entwicklung verändern, weg von einem an Großprojekten und Militär orientierten Verbrauch hin zu »small is beautiful« und »weniger ist mehr«. Das alles würde in einem höchst antagonistischen Verhältnis zum kapitalistischen Wachstum stehen.

Andere, die sich aus politischen oder moralischen Gründen gegen Massenarmut und zunehmende Ungleichheit wenden, würden vielleicht ein Bündnis mit jenen eingehen, die sich dagegen richten, dass der kapitalistische Staat fast überall einen zunehmend autoritären, antidemokratischen, geldgesättigten und kerkerhaften Charakter bekommt. Außerdem liegt noch sehr viel Arbeit auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Verhältnisse vor uns, wenn wir uns selber freimachen wollen von Rassismus, Geschlechterdiskriminierung und Gewalt gegen jene, die sich lediglich in ihrem Lebensstil, ihren kulturellen Werten, Überzeugungen und täglichen Gewohnheiten von uns unterscheiden. Aber mit diesen Formen der Gewalt können wir uns nur auseinandersetzen, wenn wir auch die sozialen Ungleichheiten angehen, die im Alltagsleben, auf dem Arbeitsmarkt und im Arbeitsprozess entstehen. Denn die klassenspezifischen Ungleichheiten, auf denen die Kapitalakkumulation beruht, werden oft als Identitäten von »Rasse«, Gender, Ethnie, Religion und geografischer Herkunft definiert.

Viele entfremdete Intellektuelle und Kulturarbeiterinnen protestieren gegen den betäubenden Druck der Machtverhältnisse, der auf den Medien und den Bildungs- und Kultureinrichtungen lastet. Er zerstört die Sprache der gesellschaftlichen Diskurse und verwandelt Wissen in pausenlose Propaganda, Politik in den bloßen Wettbewerb großer Lügen, Debatten in Strafverfahren zur Verbreitung von Vorurteilen und Hass, und gesellschaftliche Institutionen, die dem Schutz der Menschen dienen sollten, in Sümpfe der Korruption. Damit sich diese Verhältnisse ändern können, müssen die professionellen Intellektuellen zunächst vor der eigenen Haustür kehren. Der große Verrat der Intellektuellen, die sich auf ganzer Linie zu Komplizen der seit den 1980er Jahren betriebenen neoliberalen Politik gemacht hatten, muss zunächst korrigiert

werden, bevor es zu sinnvollen Bündnissen mit den Benachteiligten und Enteigneten kommen kann.

Ausgestattet mit einer Theorie der korevolutionären Politik kann der intellektuelle Flügel der Entfremdeten und Unzufriedenen in entscheidender Weise dazu beitragen, die in Gang befindliche Debatte darüber, wie sich der Verlauf der menschlichen Entwicklung verändern ließe, zu vertiefen. Er kann das große Bild der Zusammenhänge darstellen, in denen das Wie und Warum der revolutionären politischen Veränderungen gesehen werden muss. Aus dieser Perspektive lässt sich am besten mit Nachdruck zeigen, wie die Dynamik des Kapitalismus zu verstehen ist und welche systemischen Probleme aus dem ständigen Wachstum entstehen. Für jegliche revolutionäre Strategie ist es entscheidend, das Rätsel des Kapitals zu entschlüsseln und durchsichtig zu machen, was die politische Macht immer verschleiern will.

Dies kann aber nur eine politische Bedeutung bekommen, wenn sich die Entfremdeten und Unzufriedenen mit denjenigen verbinden, deren Arbeits- und Lebensbedingungen am unmittelbarsten durch ihre Einverleibung in die Zirkulation und Akkumulation des Kapitals bestimmt sind. Dadurch wird ihnen nicht nur die Verfügung über ihre Arbeit genommen, sondern sie werden der materiellen, kulturellen und natürlichen Verhältnisse ihrer eigenen Existenz beraubt.

Es ist nicht die Aufgabe der Entfremdeten und Unzufriedenen, den Benachteiligten und Enteigneten zu sagen, was sie zu lassen oder zu tun haben. Aber wir, die Entfremdeten und Unzufriedenen, können und müssen die grundlegenden Wurzeln der Probleme aufzeigen, mit denen wir alle konfrontiert sind. Immer wieder haben politische Bewegungen alternative Räume geschaffen, in denen scheinbar alles anders lief, um dann feststellen zu müssen, dass ihre Alternative schnell wieder in die vorherrschenden Praktiken der kapitalistischen Reproduktion integriert wurde – siehe die Geschichte der Arbeiterkooperativen, der Bürgerhaushalte usw. Daraus müssen wir den Schluss ziehen, dass diese vorherrschenden Praktiken zum Gegenstand der Kritik werden müssen. Die Frage, wie sie funktionieren, muss ins Zentrum der radikalen Theorie rücken.

Die Benachteiligten und Enteigneten bestehen aus zwei großen Flügeln. Die einen werden in einem Arbeitsprozess unter der Kontrolle des Kapitals oder eines kapitalistischen Staats der Früchte ihrer kreativen Kräfte beraubt. Den anderen raubt man ihr Vermögen, ihre Substanzmittel, ihre Geschichte, Kultur und Formen der Geselligkeit, um für die Kapitalakkumulation – manchmal im buchstäblichen Sinne – Platz zu schaffen.

Die erste Kategorie beschwört die marxistische Figur der proletarischen Subjekte herauf, die erbittert darum kämpfen, sich von ihren Ketten zu befreien, und die Avantgarde im Kampf für den Aufbau des Sozialismus oder Kommunismus bilden. Die Arbeiter in den Fabriken und Bergwerken des Industriekapitalismus waren diejenigen, auf die es wirklich ankam. Denn ihre Ausbeutungsbedingungen waren für sie selbst und für andere völlig offensichtlich, sobald sie die Fabrik betreten oder ins Bergwerk einfuhren. Außerdem erleichterte ihre Zusammenballung an einem Ort die Entstehung von Klassenbewusstsein und die Organisierung von kollektiven Aktionen. Und sie verfügten über die kollektive Macht, den Kapitalismus durch den Entzug ihrer Arbeit zum Stillstand zu bringen.

Diese Fixierung auf die Fabrikarbeit als dem Ort des »wahren« Klassenbewusstseins und des revolutionären Klassenkampfes war schon immer zu beschränkt oder sogar verfehlt (auch Linke machen Fehler!). Diejenigen, die in den Wäldern und auf den Feldern arbeiten, oder im »informellen Sektor« der Gelegenheitsarbeiten in den Hinterhofkitchens, als Dienstmädchen im Haushalt oder in anderen Dienstleistungsbereichen und die riesige Armee von Arbeitern, die in der Produktion von Raum und von Gebäuden oder in den Schützengraben der Urbanisierung beschäftigt sind, können nicht als zweitrangige Akteure behandelt werden. Sie arbeiten unter anderen Bedingungen. Gerade im Fall des Bausektors und der Urbanisierung handelt es sich oft um schlechtbezahlte und ungesicherte Leiharbeit. Aufgrund ihrer Mobilität, ihrer räumlichen Zerstreuung und ihren individualisierten Beschäftigungsbedingungen mag es schwieriger sein, Klassensolidarität zu entwickeln und kollektive Organisationsformen aufzubauen. Ihre politische Präsenz besteht eher in spontanen Riots und voluntaristischen Aufständen (wie denen in den Pariser Vorstädten in jüngster Zeit oder den Demonstrationen der *piqueteros* in Argentinien nach dem finanziellen Zusammenbruch des Landes im Jahr 2001) als in stabilen Organisationen. Aber sie haben ein klares Bewusstsein von ihren Ausbeutungsbedingungen und fühlen sich zutiefst entfremdet durch ihre prekäre Existenz und ihr feindliches Verhältnis zu der oftmals brutalen Kontrolle ihres täglichen Lebens durch die Staatsmacht.

Diese Arbeiterinnen, die heute von vielen als »das Prekariat« bezeichnet werden (um den flüchtigen und instabilen Charakter ihrer Beschäftigung und ihrer Lebensstile zu betonen), haben schon immer einen großen Teil der gesamten Arbeitskraft gebildet. Aufgrund der von der neoliberalen Umstrukturierung und Deindustrialisierung durchgesetzten Veränderungen in den Arbeitsbeziehungen sind sie in den letz-

ten dreißig Jahren in der entwickelten kapitalistischen Welt immer stärker in den Vordergrund getreten.

Es wäre ein Fehler, die Kämpfe all dieser Arbeiterinnen zu ignorieren. Viele der revolutionären Bewegungen in der Geschichte des Kapitalismus hatten ihre Basis im ganzen städtischen Gebiet und nicht nur in der Fabrik – die Revolutionen von 1848 in ganz Europa, die Pariser Kommune von 1871, Leningrad 1917, der Generalstreik in Seattle von 1918, der Tucumán-Aufstand von 1969 oder Paris, Mexiko-Stadt und Bangkok 1968, die Kommune von Shanghai 1967, Prag 1989, Buenos Aires in den Jahren 2001 bis 2002 ... die Liste ließe sich endlos fortsetzen. Auch wenn es zu wichtigen Bewegungen in den Fabriken kam – wie dem Streik in Flint, Michigan, in den 1930er Jahren oder den Arbeiterräten in Turin in den 1920er Jahren –, spielte die organisierte Unterstützung aus den Stadtteilen eine entscheidende, aber in der Regel kaum erwähnte Rolle für die politische Aktion (wie die Unterstützungsgruppen von Frauen und Arbeitslosen in Flint oder die kommunalen »Volkshäuser« in Turin).

Die traditionelle Linke lag schlichtweg falsch, wenn sie soziale Bewegungen, die außerhalb der Fabriken und Bergwerke entstanden, ignorierte. Klassenbewusstsein wird ebenso sehr auf der Straße, in Bars, Kneipen, Küchen, Kirchen, Gemeindezentren und den Hinterhöfen der Arbeiterstadtteile produziert und artikuliert wie in den Fabriken. Die ersten beiden Verordnungen der Pariser Kommunarden von 1871 waren bemerkenswerterweise die Aufhebung der Nacharbeit in den Bäckereien (eine Frage des Arbeitsprozesses) und ein Moratorium für Mietzahlungen (eine Frage des städtischen Alltagslebens). Die Stadt ist in gleicher Weise ein Ort von Klassenbewegungen wie die Fabrik und wir müssen unseren Blick mindestens auf diese Ebene und Dimension der politischen Organisation und politischen Praxis ausweiten in Verbindung mit dem breiten Spektrum ländlicher und bäuerlicher Bewegungen, wenn wir ein umfassendes Bündnis für eine revolutionäre Veränderung schaffen wollen.

Damit kommen wir zu der zweiten großen Kategorie der Enteigneten, die in ihrer Zusammensetzung und ihrem Klassencharakter noch einiges komplizierter ist. Sie wird im Großen durch das gebildet, was ich als »Akkumulation durch Enteignung« bezeichne. Auch hier haben wir es mit einer scheinbar unendlichen Verschiedenheit von Formen an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten zu tun. Die Liste der Benachteiligten und Enteigneten ist lang und beeindruckend. Sie umfasst die Bäuerinnen und indigenen Bevölkerungen, die von ihrem Land vertrieben, ihres Zugangs zu ihren natürlichen Ressourcen und Lebens-

weisen durch illegale und legale (also vom Staat sanktionierte), koloniale, neokoloniale oder imperialistische Methoden beraubt und durch die aufgezwungene Monetarisierung und Besteuerung gewaltsam in den Austausch auf dem Markt (im Unterschied zu Naturaltausch und anderen traditionellen Tauschformen) integriert werden. Diese Formen der Enteignung, die immer noch existieren, aber am deutlichsten in den frühen Stadien der kapitalistischen Entwicklung hervortraten, finden sich in vielen modernen Varianten wieder. Kapitalisten erschließen zum Beispiel Räume für die Stadtentwicklung, indem sie Menschen mit geringem Einkommen zu den geringstmöglichen Kosten von hochwertigen Grundstücken vertreiben. An Orten ohne gesicherte Eigentumsrechte, wie in China oder den informellen Siedlungen in Asien und Lateinamerika, wird der Weg in vielen Fällen durch staatliche Autoritäten freigemacht, die der ärmeren Bevölkerung – mit oder ohne bescheidene Entschädigungen – gewaltsam das Land nehmen. In Ländern mit gesicherten privaten Eigentumsrechten kann der Staat zugunsten des privaten Kapitals Enteignungen durchführen. Durch legale und illegale Mittel wird der finanzielle Druck (in Form von steigenden Grundsteuern und Mieten) auf ärmere Bevölkerungsteile erhöht. Manchmal erscheint es so, als gäbe es einen systematischen Plan, um unerwünschte geringverdienende Menschen von der Erdoberfläche zu vertreiben.

Heute ist jedoch das Kreditsystem zum mächtigsten modernen Hebel geworden, mit dem das Finanzkapital der übrigen Bevölkerung Reichtum abpressen kann. Alle möglichen räuberischen oder legalen Methoden (Wucherzinsen auf Kreditkarten, Zwangsvollstreckungen gegen Betriebe, indem ihnen in kritischen Momenten Liquidität verweigert wird, usw.) können genutzt werden, um eine Politik der Enteignung zum Vorteil der Reichen und Mächtigen zu betreiben. Das Spektakuläre an dem Finanzialisierungsschub ab Mitte der 1970er Jahre war vor allem sein räuberischer Charakter. Anlageberatung und Marktmanipulationen; Schneeballsysteme im Ponzi-Stil und Unternehmensbetrug; Ausschlichtung von Unternehmen durch Fusionen und Beteiligungen; die Beförderung der privaten Verschuldung in einem solchen Maße, dass selbst in den entwickelten kapitalistischen Ländern ganze Bevölkerungsgruppen in Schuldknechtschaft geraten; Enteignung von Vermögen, indem z.B. Pensionsfonds geplündert oder durch Börsen- und Firmenzusammenbrüche entwertet werden – das alles spielt im gegenwärtigen Kapitalismus eine zentrale Rolle.

Völlig neue Mechanismen der Akkumulation durch Enteignung sind auch eingeführt worden. Die große Bedeutung der Rechte an geistigem Eigentum in den Verhandlungen der WTO (das sogenannte TRIPS-Ab-

kommen) weist darauf hin, wie heute die Patentierung und Lizenzierung von genetischem Material, plasmabehandeltem Saatgut und allen möglichen anderen Produkten gegen ganze Bevölkerungen eingesetzt werden kann, deren traditionelle Verfahren entscheidend zur Entwicklung dieser Materialien beigetragen haben. Biopiraterie greift um sich und der weltweite Bestand an genetischen Ressourcen wird zum Vorteil der Pharmakonzerne geplündert. Die Popmusik ist berüchtigt für ihre Aneignung und Ausbeutung von volkstümlicher Kultur und Kreativität. Die finanziellen Verluste der davon betroffenen Urheber sind leider längst nicht die ganze Geschichte. Die Zerrüttung sozialer Netzwerke und die Zerstörung gesellschaftlicher Solidarität können mindestens genauso gravierend sein. Der Verlust gesellschaftlicher Beziehungen lässt sich nicht mit Geld kompensieren.

Als letztes müssen wir auch die Rolle der Krisen erwähnen. Schließlich ist jede Krise ein massiver Schub der Enteignung von (materiellen wie kulturellen) Vermögenswerten. Natürlich trifft es die Reichen genauso wie die Armen, wie die Fälle der Zwangsversteigerungen von Häusern und die Verluste der Investitionen in das verrückte Ponzi-System von Bernie Madoff zeigen. Aber so werden eben Reichtum und Macht sowohl zwischen den Klassen und innerhalb der Klassen umverteilt. Entwertetes Kapitalvermögen, das nach Bankrotten und Zusammenbrüchen übrig bleibt, kann von denen, die mit Liquidität gesegnet sind, zu Schnäppchenpreisen aufgekauft und später gewinnbringend wieder in die Zirkulation gebracht werden. Auf diese Weise findet überschüssiges Kapital ein fruchtbares Feld der erneuten Akkumulation.

Aus diesem Grund können Krisen inszeniert, verwaltet und kontrolliert werden, um das irrationale System namens Kapitalismus zu rationalisieren. Das ist in vielen Fällen der tiefere Sinn von staatlichen Austeritätsprogrammen, die als zentrale Hebel die Zinsraten und das Kreditsystem benutzen. Einer Branche oder einem Gebiet können begrenzte Krisen von einer externen Macht aufgezwungen werden. Der Internationale Währungsfonds ist ein Meister darin. Periodisch werden auf diese Weise Bestände von entwertetem und in vielen Fällen unterbewertetem Anlagevermögen in irgendeinem Teil der Welt geschaffen, die dann profitabel von jenen verwendet werden können, denen andere Verwendungsmöglichkeiten für ihre Kapitalüberschüsse fehlen. Genau das ist 1997/98 in Ost- und Südostasien, 1998 in Russland und 2001/02 in Argentinien passiert und genau das ist 2008/09 außer Kontrolle geraten.

Die bewusste Herbeiführung von Krisen durch staatliche Politik und kollektives Unternehmerhandeln ist ein gefährliches Spiel. Es gibt

zwar keine Beweise dafür, dass Krisen durch Verschwörungen im engeren Sinne herbeigeführt werden. Aber unzählige einflussreiche Makroökonomien der »Chicago-Schule« und Wirtschaftspolitiker auf der ganzen Welt sind zusammen mit allen möglichen unternehmerischen Opportunisten der Meinung, dass ein guter Schuss schöpferischer Zerstörung hin und wieder nötig sei, damit der Kapitalismus überleben und die Kapitalistenklasse saniert werden kann. Versuche der Regierungen, Krisen durch Konjunkturpakete und ähnliches abzuwenden, halten sie für völlig falsch. Weitaus besser sei es, die marktgesteuerten »Strukturanpassungs«-Prozesse (wie sie üblicherweise vom IWF verordnet werden) ihre Arbeit tun zu lassen. Solche Medizin sei notwendig, um den Kapitalismus gesund zu erhalten. Je näher der Kapitalismus an die Schwelle des Todes kommt, desto schmerzhafter müsse die Heilung sein. Das Kunststück besteht natürlich darin, den Patienten nicht sterben zu lassen.

Die politische Vereinigung der verschiedenen Kämpfe seitens der Arbeiterbewegung und von denen, deren kulturelle wie ökonomische Vermögen enteignet wurden, scheint wesentlich für jede Bewegung zu sein, die den Lauf der menschlichen Geschichte verändern will. Der Traum wäre eine große Allianz all der Benachteiligten und Enteigneten auf der ganzen Welt. Das Ziel wäre es, die Organisation, Produktion und Verteilung der Überschüsse auf das langfristige Wohl aller Menschen auszurichten.

Diese Idee stößt zunächst aber auf zwei Schwierigkeiten, mit denen wir uns offen auseinandersetzen müssen. Viele Enteignungen haben nur wenig mit der Kapitalakkumulation zu tun und führen nicht notwendigerweise zu einer antikapitalistischen Politik. Die ethnischen Säuberungen im früheren Jugoslawien, die religiösen Säuberungen in Nordirland während der Notstandsgesetze oder in Mumbai Anfang der 1990er Jahre oder die israelische Enteignung von palästinensischem Land und Wasserrechten sind Beispiele dafür. Die Kolonisierung städtischer Nachbarschaften durch Immigranten, Lesben und Schwule oder Menschen mit einer anderen Hautfarbe führt oft zur Vertreibung alteingesessener Bewohner, die gegen die möglichen Enteignungen ankämpfen. Auch wenn Marktkräfte und steigende Immobilienpreise mit ins Spiel kommen mögen, drehen sich die entstehenden Kämpfe im Kern darum, wer wem gefällt oder nicht gefällt und wer auf unserem zunehmend bevölkerten Planeten wo leben darf. In den unscharfen Konflikten zwischen

sozialen Gruppen um die Kontrolle des Raums und den Zugang zu wertvollen Grundstücken geht es immer auch um Fragen der Sicherheit, die Angst vor anderen und soziale Vorlieben oder Vorurteile. Soziale Gruppen und Individuen entwickeln ein besitzergreifendes Gefühl, dass sie zu einem bestimmten Ort gehören und dieser ihr Eigentum ist. Daraus speist sich die weitverbreitete Angst vor Enteignung.

Nicht alle aufständischen Bewegungen gegen Enteignung sind antikapitalistisch. Eine ältere Generation von hauptsächlich weißen männlichen Arbeitern in den USA ist zum Beispiel erbost über das, was sie für den zunehmenden Einfluss von Minderheiten, Immigranten, Schwulen und Feministinnen halten, die in ihren Augen von arroganten intellektuellen Eliten und gierigen und unchristlichen Wall-Street-Bankern, die im allgemeinen (zu Unrecht) für jüdisch gehalten werden, angestiftet und unterstützt werden. Seit der Wahl von Obama erleben radikale rechtsgerichtete und bewaffnete Bürgerwehr-Bewegungen einen Aufschwung, was auch zu dem Bombenanschlag in Oklahoma von Timothy McVeigh geführt hat. Sie würden sich auf keinen Fall einem großen antikapitalistischen Kampf anschließen (auch wenn sie sich gegen Banker, Konzerne und Eliten richten und die Zentralbank hassen). Sie zeugen von einem Kampf derer, die sich entfremdet und enteignet fühlen und die das Land, das sie bedingungslos lieben, wieder in Besitz nehmen wollen.

Solche soziale Spannungen können vom Kapital ausgenutzt werden. In den 1960er Jahren war in den USA die Methode des so genannten Blockbusting weit verbreitet (sie existiert noch heute). Gezielt wurde eine schwarze Familie in eine Nachbarschaft mit ausschließlich weißer Wohnbevölkerung gebracht, um diese zur Abwanderung zu bewegen. Die daraufhin sinkenden Immobilienpreise boten Spekulanten die Gelegenheit, Häuser billig zu kaufen und dann teuer an Minderheiten zu verkaufen. Die Reaktionen der bedrohten weißen Bewohner reichten von gewaltsamem Widerstand (wie Brandanschläge auf das Haus jeder schwarzen Familie, die ins Viertel zu kommen versuchte) bis hin zu moderaten Versuchen, sich so friedlich wie möglich zu integrieren (was manchmal von den Bürgerrechtsgesetzen vorgeschrieben wurde).

Das zweite große Problem besteht darin, dass einige Enteignungen entweder notwendig oder fortschrittlich sind. Jede revolutionäre Bewegung muss auf irgendeine Weise das Eigentum, den Reichtum und die Macht der Kapitalisten enteignen. Die gesamte historische Geografie der Enteignungen im Kapitalismus ist voll von Ambivalenzen und Widersprüchen. Die mit dem Aufstieg des Kapitalismus verbundene Klassengewalt mag abscheulich gewesen sein, aber die positive Seite der kapita-

listischen Revolution bestand darin, dass sie die tyrannischen feudalen Institutionen (wie das Königtum und die Kirche) enteignete, kreative Energien freisetzte, neue Räume eröffnete, die Welt durch Austauschbeziehungen enger zusammenbrachte, die Gesellschaft offen für weitreichende technologische und organisatorische Veränderungen machte, eine auf Aberglaube und Ignoranz beruhende Welt überwunden und durch eine aufgeklärte Wissenschaft ersetzt hat, mit deren Hilfe die ganze Menschheit aus Not und Armut befreit werden könnte. Nichts davon hätte passieren können, ohne dass irgendjemand irgendwo enteignet worden wäre.

Die sozialen und ökologischen Kosten dieser Errungenschaften waren enorm (was in den letzten Jahren zum großen Thema der Kritik geworden ist). Trotzdem war es möglich, die Akkumulation durch Enteignung (oder was Marx als so genannte ursprüngliche Akkumulation bezeichnete) als eine notwendige, wenn auch hässliche Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung zu betrachten, um an einen Punkt zu gelangen, an dem sowohl der Kapitalismus wie irgendeine als Sozialismus oder Kommunismus bezeichnete Alternative möglich wären. Marx zum Beispiel legte wenig oder keinen Wert auf die von der ursprünglichen Akkumulation zerstörten gesellschaftlichen Formen und er plädierte nicht, wie es heute einige tun, für die Wiederherstellung vorkapitalistischer gesellschaftlicher Verhältnisse oder Produktionsweisen. Die Aufgabe des Sozialismus und Kommunismus sei es, auf den progressiven Aspekten der kapitalistischen Entwicklung aufzubauen. Zu diesen progressiven Aspekten gehörten Bewegungen für Landreform, der Aufstieg demokratischer Regierungsformen (immer durchsetzt von der Rolle der Geldmacht), die (stets nur bedingt gewährte, aber trotzdem wichtige) Freiheit der Information und der Rede und die Schaffung einer zivilrechtlichen Ordnung.

Kämpfe gegen Enteignung können eine Keimzelle der Unzufriedenheit bilden und zu aufständischen Bewegungen führen. Aber die Aufgabe revolutionärer Politik ist es nicht, die alte Ordnung zu verteidigen, sondern die Klassenverhältnisse und die kapitalistischen Formen der Staatsmacht auf direkte Weise anzugreifen.

Damit es zu revolutionären Transformationen kommen kann, müssen wir zuallererst unsere Ideen verändern, geliebte Vorstellungen und Vorurteile über Bord werfen, auf alltägliche Bequemlichkeiten und Rechte verzichten, neue Lebensweisen ausprobieren, unsere sozialen und politischen Rollen verändern, die Zuweisung von Rechten, Pflichten und Verantwortlichkeiten neu ordnen und unser Verhalten besser auf kollektive Bedürfnisse und einen gemeinsamen Willen abstimmen. Die Welt

um uns herum – unsere Geografie – muss radikal umgeformt werden, wie auch unsere gesellschaftlichen Verhältnisse, die Beziehungen zur Natur und alle anderen Momente in diesem korevolutionären Prozess. Es ist ansatzweise nachvollziehbar, dass viele der aktiven Konfrontation mit all diesen Problemen ausweichen wollen und eine Politik der Verweigerung bevorzugen.

Sicher wäre es auch schön, wenn sich all dies auf freiwillige Weise und friedlich herbeiführen ließe – so als könnten wir uns einfach selbst von all den Besitztümern, die der Schaffung einer sozial gerechteren und stabilen Gesellschaftsordnung im Wege stehen, trennen und uns gewissermaßen nackt ausziehen. Aber es wäre unredlich, sich diesen Prozess so vorzustellen und zu meinen, es bedürfte keines aktiven Kampfes, zu dem auch ein gewisses Maß an Gewalt gehört. Der Kapitalismus kam »blut- und schmutztriefend« auf die Welt, wie Marx einmal sagte. Wenn es vielleicht auch schmerzfreier gelingen kann, aus ihm heraus- als in ihn hineinzukommen, so stehen die Wetten schlecht, dass wir auf völlig friedliche Weise ins gelobte Land ziehen können.

Mit der Erkenntnis, dass Enteignung möglicherweise eine Vorbedingung für positivere Veränderungen gewesen ist, gelangen wir zu der ganzen Frage nach der Enteignungspolitik im Sozialismus und Kommunismus. In der marxistisch-kommunistischen revolutionären Tradition wurde die Organisation von Enteignungen oft als notwendig betrachtet, um eine Modernisierung in den Ländern durchführen zu können, in denen der Start zu einer kapitalistischen Entwicklung ausgeblieben war. Dies war in einigen Fällen mit schrecklicher Gewalt verbunden, wenn wir an die von Stalin durchgesetzte Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und Vernichtung der Kulaken in der Sowjetunion denken. Hier handelt es sich wahrlich nicht um Erfolgsgeschichten, sondern in vielen Fällen um große Tragödien. Maos »Großer Sprung nach vorn« verursachte eine dramatische Hungersnot, die zu einer zeitweiligen Unterbrechung der ansonsten schnellen Steigerung der Lebenserwartung führte und politischen Widerstand entfachte, der manchmal rücksichtslos niedergeschlagen wurde.

Aufstandsbewegungen gegen Enteignung haben daher im Unterschied zu Kämpfen im Arbeitsprozess in der jüngsten Zeit meistens einen antikommunistischen Weg eingeschlagen – manchmal aus ideologischen, aber oft aus rein pragmatischen und organisatorischen Gründen, die damit zu tun haben, worum es in solchen Kämpfen geht. Die Verschiedenartigkeit der Kämpfe gegen die kapitalistischen Formen der Enteignung war und ist einfach verblüffend. Es fällt schwer, sich Verbindungen zwischen ihnen auch nur vorzustellen. Der Kampf des Ogoni-

Volks im Nigerdelta gegen die Zerstörung ihres Lands durch die Ölförderung von Shell; Bauernbewegungen gegen Biopiraterie und Landraub; Kämpfe gegen gentechnisch veränderte Nahrung und für die authentischen örtlichen Produktionsweisen, für den Zugang der indigenen Bevölkerung zu Waldschutzgebieten und die Zurückdrängung von Holzunternehmen; politische Kämpfe gegen Privatisierung; Bewegungen für Arbeiter- und Frauenrechte in Entwicklungsländern; Kampagnen zum Schutz der Biodiversität und gegen die Zerstörung von Biotopen; hunderte von Protesten gegen die vom IWF erzwungenen Austeritätsprogramme und langwierige Kämpfe gegen Staudammprojekte in Indien und Lateinamerika, die von der Weltbank gefördert werden: Sie alle sind Teil einer explosiven Mischung aus Protestbewegungen, die seit den 1980er Jahren um die Welt gegangen und zunehmend in die Schlagzeilen geraten sind. Diese Bewegungen und Revolten sind immer wieder mit brutaler Gewalt niedergeschlagen worden, meistens von der Staatsmacht im Namen von »Ordnung und Stabilität«. Satellitenstaaten, die von den großen Militärapparaten der USA, Großbritanniens und Frankreichs unterstützt und trainiert werden, stehen an der Spitze eines Systems der Unterdrückung und Vernichtung, das skrupellos gegen aktivistische Bewegungen vorgeht, die die Akkumulation durch Enteignung herausfordern.

Beide Arten der Bewegungen gegen Enteignungen sind weitverbreitet, aber sowohl geografisch wie in ihren Organisationsformen und politischen Zielen noch unausgereift. Immer wieder zeigen sich interne Widersprüche, zum Beispiel wenn indigene Bevölkerungen ihr Recht auf Gebiete zurückverlangen, die Umweltgruppen als wichtige Schutzräume der Biodiversität betrachten. Ihre politischen Orientierungen und Organisationsweisen unterscheiden sich ebenfalls beträchtlich, was zum Teil an den besonderen geografischen Bedingungen liegt, aus denen diese Bewegungen entstanden sind. Die zapatistischen Rebellen in Mexiko, die den Verlust der Kontrolle über ihr eigenes Land und ihre Ressourcen und den mangelnden Respekt gegenüber ihrer kulturellen Geschichte beklagen, wollen nicht die Staatsmacht übernehmen oder eine politische Revolution herbeiführen. Stattdessen versuchen sie, sich mit der ganzen Zivilgesellschaft in einer offeneren und unbestimmteren Weise auf die Suche nach Alternativen zu begeben, die ihre spezifischen Bedürfnisse als kulturelle Formation berücksichtigen, und ihr eigenes Gefühl der Würde und der Selbstachtung zurückzugewinnen. Die Bewe-

gung lehnte eine Führungsrolle ab und weigerte sich, zur politischen Partei zu werden. Sie zog es vor, eine Bewegung innerhalb des Staats zu bleiben, um einen politischen Machtblock zu bilden, in dem die indigenen Kulturen eine zentrale Rolle in den Machtbeziehungen spielen und nicht ausgegrenzt werden. Ihr Ziel ist so etwas wie eine passive Revolution innerhalb der vom mexikanischen Staat kontrollierten territorialen Machtlogik.

Der allgemeine Effekt solcher Bewegungen bestand darin, dass sich das Terrain der politischen Organisierung von den traditionellen politischen Parteien und den Arbeiterorganisationen in den Fabriken wegverlagert hat (auch wenn diese nach wie vor aktiv sind) hin zu einer insgesamt zwangsläufig weniger zentrierten Dynamik von sozialen Aktionen im ganzen Spektrum der Zivilgesellschaft. Daraus entsteht ein völlig anderes Organisationsmodell als jenes, das historisch im Kontext der Arbeiterbewegung entwickelt worden war. Die zwei Formen der Enteignung bringen also sich widerstreitende Ziele und Organisationsformen hervor. Was die breitere Bewegung innerhalb der Zivilgesellschaft an Zentralität verliert, gewinnt sie hinsichtlich ihrer Bedeutung – eben weil sie auf ganz direkte Weise mit der Politik des Alltagslebens unter den jeweiligen geografischen Bedingungen verbunden ist.

Auf der Linken existiert ein breites Spektrum verschiedener Denkrichtungen, die über die richtigen Antworten auf die vor uns liegenden Probleme streiten. Zunächst einmal gibt es das übliche Sektenwesen, das auf die Geschichte radikaler Politik zurückgeht und die linke politische Theorie zum Ausdruck bringt. Merkwürdigerweise ist die Linke einer der wenigen Orte, an dem sich kaum Gedächtnisschwund breitgemacht hat (die Spaltung zwischen Anarchisten und Marxisten, die in den 1870er Jahren entstand, Spaltungen zwischen Troztkisten, Maoisten und orthodoxen Kommunisten, zwischen Zentralisten, die den Staat übernehmen wollen, und den antietatistischen Autonomisten und Anarchisten). Hier wird so heftig und zänkisch gestritten, dass man zuweilen denkt, etwas mehr Gedächtnisschwund wäre gar nicht so schlecht. Aber jenseits dieser traditionellen revolutionären Sekten und politischen Splittergruppen hat sich das gesamte Feld der politischen Aktion seit Mitte der 1970er Jahre radikal verändert. Das Terrain des politischen Kampfes und der politischen Möglichkeiten hat sich sowohl geografisch als auch organisatorisch verschoben.

Heute existiert eine riesige Fülle von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), deren politische Bedeutung sich bis Mitte der 1970er Jahre kaum erahnen ließ. Sie werden aus staatlichen und privaten Mitteln finanziert, oft arbeiten idealistische Denker und Aktivisten bei ihnen (sie

stellen ein riesiges Beschäftigungsprogramm dar) und die meisten kümmern sich um ein einzelnes Problem (Umwelt, Armut, Frauenrechte, Kampagnen gegen Sklaverei und Menschenhandel usw.). Auch wenn sie für progressive Ideen und Anliegen eintreten, so haben sie sich von einer direkt antikapitalistischen Politik verabschiedet. In einigen Fällen sind sie aber auch eindeutig neoliberal ausgerichtet und beteiligen sich an der Privatisierung sozialstaatlicher Funktionen oder unterstützen institutionelle Reformen, mit denen sich marginalisierte Bevölkerungsschichten in den Markt integrieren lassen (ein klassisches Beispiel dafür sind die Mikrokredite und Mikrofinanzierungsprogramme für die Armutsbevölkerung).

In dieser Welt der NGOs sind viele radikale und praktisch engagierte Menschen unterwegs, aber ihre Arbeit kann höchstens etwas Linderung verschaffen. Insgesamt können sie nur sehr punktuelle Erfolge vorweisen, auch wenn sie auf bestimmten Gebieten wie Frauenrechten, Gesundheitsversorgung und Umweltschutz zu Recht beanspruchen können, wesentlich zur Verbesserung der Lebenssituation beigetragen zu haben. Aber revolutionäre Veränderung ist nicht durch NGOs möglich. Zu sehr sind sie eingeschränkt durch die politische Haltung ihrer Geldgeber. Selbst wenn sie vor Ort die Selbstermächtigung unterstützen und damit zur Öffnung von Räumen beitragen, in denen antikapitalistische Alternativen möglich werden, und sogar Experimente mit solchen Alternativen fördern, tun sie nichts, um deren Wiedereingliederung in die vorherrschende kapitalistische Praxis zu verhindern – im Gegenteil, sie befördern sie. Wie groß die kollektive Macht der NGOs heute geworden ist, zeigt sich an ihrer dominierenden Position auf dem Weltsozialforum, das in den letzten zehn Jahren zum Zentrum der Versuche geworden ist, eine globale Bewegung für Gerechtigkeit, eine globale Alternative zum Neoliberalismus aufzubauen.

Die zweite große Oppositionsströmung geht von anarchistischen, autonomistischen und basisorientierten Organisationen aus, die auf Fremdmittel verzichten, auch wenn sich einige auf gewisse alternative institutionelle Strukturen stützen (wie die katholische Kirche mit ihren »Basisgemeinden« in Lateinamerika oder die verbreitete kirchliche Hilfe für politische Mobilisierungen in den Innenstädten der USA). Diese Gruppe ist keineswegs homogen (es gibt sogar heftige Streitigkeiten in ihr, bei denen sich zum Beispiel die sozialen Anarchisten gegen diejenigen wenden, die sie verächtlich als bloße »lifestyle«-Anarchisten bezeichnen). Gemeinsam sind ihnen jedoch die Antipathie gegenüber Verhandlungen mit der Staatsmacht und ihr Bezug auf die Zivilgesellschaft als dem eigentlichen Ort der Veränderung. Die Fähigkeit der

Menschen, sich in ihren alltäglichen Lebenssituationen selbst zu organisieren, soll die Basis jeglicher antikapitalistischen Alternative sein. Als Organisationsmodell bevorzugen sie die horizontale Vernetzung. In der so genannten solidarischen Ökonomie, die auf Produktentausch, Kollektiven und lokaler Produktion beruht, sehen sie eine alternative ökonomische Form. In der Regel wenden sie sich gegen die Vorstellung, dass irgendeine zentrale Leitung nötig wäre, und lehnen hierarchische gesellschaftliche Beziehungen oder hierarchische politische Machtstrukturen einschließlich herkömmlicher politischer Parteien ab. Derartige Organisationen sind überall zu finden und an einigen Orten sind sie politisch sehr einflussreich geworden. Einige von ihnen haben eine radikal antikapitalistische Haltung und vertreten revolutionäre Ziele und manche rufen zu Sabotage und anderen Störaktionen auf (ein Nachhall der Roten Brigaden in Italien, der Baader-Meinhof-Gruppe in Deutschland und des Weather-Undergrounds in den USA in den 1970er Jahren). Aber die Wirksamkeit all dieser Bewegungen ist abgesehen von ihren gewalttätigeren Rändern begrenzt, weil sie ihren Aktivismus nicht mit Formen von Großorganisationen verbinden wollen oder können, die globale Probleme angehen könnten. Mit ihrer Position, dass sich nur durch Aktionen vor Ort Veränderungen herbeiführen lassen und dass alles, was nach Hierarchie riecht, anti-revolutionär ist, stehen sie sich selbst im Weg, wenn es um die großen Fragen geht. Trotzdem bieten diese Bewegungen zweifelsohne eine breite Grundlage für Experimente mit antikapitalistischer Politik.

Die dritte große Strömung ist ein Produkt der Wandlungsprozesse in den traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung und linken politischen Parteien, angefangen von sozialdemokratischen Traditionen bis hin zu radikaleren trotzkistischen und kommunistischen Formen der Parteiorganisation. Diese Tendenz steht der Eroberung der Staatsmacht und hierarchischen Organisationsformen nicht feindlich gegenüber. Letztere betrachtet sie sogar als notwendig, um verschiedene politische Ebenen organisatorisch integrieren zu können. In den Jahren, in denen die Sozialdemokratie in Europa hegemonial war und selbst in den USA über einigen Einfluss verfügte, wurde die staatliche Kontrolle über die Verteilung von Überschüssen zu einem zentralen Instrument, um gesellschaftliche Ungleichheit abzubauen. Dass es ihr nicht gelang, die gesellschaftliche Kontrolle über die Produktion der Überschüsse zu erlangen und damit die Macht der kapitalistischen Klasse wirklich infrage zu stellen, bildete die Achillesverse dieses politischen Systems. Aber wir sollten die von ihm erzielten Errungenschaften nicht vergessen, auch wenn heute klar ist, dass es nicht ausreichen würde, zu einem

solchen politischen Modell des Sozialstaats und der keynesianischen Wirtschaftspolitik zurückzukehren.

Sowohl die organisierte Arbeiterbewegung wie die linken politischen Parteien in den kapitalistischen Industrieländern mussten im Verlauf der letzten 30 Jahre einige harte Schläge einstecken. Beide wurden durch Zwang oder Überredung dazu gebracht, im weitesten Sinne neoliberale Politik zu unterstützen, auch wenn sie für einen Neoliberalismus mit einem etwas menschlicheren Antlitz eintraten. Man kann den Neoliberalismus als eine große, regelrecht revolutionäre Bewegung (angeführt von der selbsternannten revolutionären Figur Margret Thatcher) betrachten, die die Überschüsse privatisieren oder wenigstens deren weitere Sozialisierung verhindern will.

Einige Anzeichen sprechen dafür, dass sich die organisierte Arbeiterbewegung und linke Politik (im Gegensatz zu dem in England von New Labour unter Tony Blair gefeierten »dritten Weg«, der mit katastrophalen Folgen von vielen sozialdemokratischen Parteien in Europa kopiert wurde) wieder erholen, und in verschiedenen Teilen der Welt tauchen radikalere politische Parteien auf. Aber der ausschließliche Bezug auf die Arbeiter als Avantgarde ist heute fraglich geworden. Und ebenso fraglich ist, ob linke Parteien, die an der politischen Macht beteiligt werden, die Entwicklung des Kapitalismus maßgeblich beeinflussen und die chaotische Dynamik der krisenanfälligen Akkumulation beherrschen können. In der Zeit ihrer Machtbeteiligung hat die grüne Partei in Deutschland nichts besonders Herausragendes vollbracht im Vergleich zu ihrer politischen Haltung in der Opposition und die sozialdemokratischen Parteien sind als wirklich politische Kraft völlig von der Bildfläche verschwunden. Aber linke politische Parteien und Gewerkschaften sind immer noch wichtig und ihre teilweise Übernahme von staatlicher Macht wie im Fall der Arbeiterpartei in Brasilien oder der boliviarischen Bewegung in Venezuela hatte nicht nur in Lateinamerika einen starken Einfluss auf das linke Denken. Noch ungelöst ist auch das komplizierte Problem, wie sich die Rolle der kommunistischen Partei in China verstehen lässt und welche Politik sie in Zukunft verfolgen wird.

Im Sinne der oben skizzierten korevolutionären Theorie müssen wir davon ausgehen, dass sich eine antikapitalistische Gesellschaftsordnung nicht aufbauen lässt, ohne die Staatsmacht zu übernehmen, sie radikal umzuwandeln und den konstitutionellen und institutionellen Rahmen zu überarbeiten, der heute dem Privateigentum, der Marktwirtschaft und der endlosen Kapitalakkumulation dient. Auch die zwischenstaatliche Konkurrenz und geoökonomische und geopolitische Kämpfe um alles Mögliche – von Handel und Geld bis zu Fragen der Hegemonie –

sind viel zu wichtig, als dass wir sie den sozialen Bewegungen vor Ort überlassen oder als zu groß und zu schwierig beiseitelegen dürften. Wenn wir versuchen wollen, eine Alternative zur kapitalistischen Wirtschaft zu entwickeln, müssen wir uns auch damit auseinandersetzen, wie sich die Struktur des Staat-Finanzwelt-Nexus verändern lässt und was aus dem Geld als gemeinsamem Wertmaß wird. Für jede antikapitalistische revolutionäre Bewegung wäre es daher eine alberne Idee, den Staat und die Dynamik des zwischenstaatlichen Systems zu ignorieren.

Die vierte breite Tendenz bilden all jene sozialen Bewegungen, die sich nicht so sehr von einer bestimmten politischen Philosophie oder Orientierung leiten lassen, sondern von dem pragmatischen Bedürfnis, sich gegen Vertreibung und Enteignung zu wehren (gegen Gentrifizierung, Industrieansiedlungen, Staudammprojekte, Wasserprivatisierung, den Abbau sozialer Dienste und öffentlicher Ausbildungsmöglichkeiten usw.). In diesem Fall steht das Alltagsleben in der Stadt, dem Dorf oder sonst wo im Mittelpunkt und bildet die materielle Basis der politischen Organisation gegen die Bedrohungen durch staatliche Politik und kapitalistische Interessen, denen eine schutzlose Bevölkerung ständig ausgesetzt ist. Diese Formen des politischen Protests sind weit verbreitet.

Auch hier gibt es eine enorme Vielzahl solcher sozialen Bewegungen, von denen sich einige mit der Zeit radikalieren können, wenn ihnen nach und nach klar wird, dass es sich nicht um partikulare oder örtliche, sondern um systemische Probleme handelt. Der Zusammenschluss von solchen Bewegungen in ländlichen Bündnissen (wie die Bewegung der landlosen Bauern in Brasilien oder die Kampagnen von indischen Bauern gegen den Land- und Ressourcenraub durch kapitalistische Konzerne) oder im städtischen Rahmen (»Recht auf Stadt«-Bewegungen in Brasilien und jetzt in den USA) deuten auf die Möglichkeit hin, breitere Bündnisse zu bilden, um die systemischen Kräfte zu attackieren, die hinter den einzelnen Fällen von Gentrifizierung, Staudammprojekten, Privatisierung usw. stecken. Diese Bewegungen handeln zwar aus pragmatischen Motiven und nicht aus ideologischen Erwägungen, aber trotzdem können sie aus ihren eigenen Erfahrungen heraus dahin kommen, die systemischen Zusammenhänge zu begreifen. Wenn sich viele von ihnen am selben Ort, zum Beispiel in einer Großstadt befinden, können sie (wie die Fabrikarbeiter zu Beginn der industriellen Revolution) gemeinsame Sache machen und auf der Basis ihrer eigenen Erfahrungen ein Bewusstsein davon entwickeln, wie der Kapitalismus funktioniert und was sie kollektiv tun könnten. Auf diesem Gebiet spielt die Figur des »organischen Intellektuellen« eine große Rolle, von der in den zu Beginn des 20. Jahrhunderts verfassten Schriften des marxistischen Au-

tors Antonio Gramsci so viel die Rede ist: Es sind Autodidakten, die zunächst durch bittere Erfahrungen am eigenen Leib die Welt begreifen lernen und dann zu einem allgemeineren Verständnis des Kapitalismus gelangen. Wer Bauernführern der MST in Brasilien oder Führern der bäuerlichen Bewegungen gegen Landraub in Indien zuhört, dem erschließen sich ganz außergewöhnliche Einsichten. In diesem Fall ist es dann die Aufgabe der Unzufriedenen aus gebildeten Kreisen, diese Stimme der Subalternen zu verstärken, damit ihre Berichte über Ausbeutung und Repression gehört und ihre Antworten darauf Bestandteile eines antikapitalistischen Programms werden können.

Das fünfte Epizentrum für Gesellschaftsveränderung bilden die emanzipatorischen Bewegungen zu Identitätsfragen – Frauen, Kinder, Schwule, »rassische«, ethnische und religiöse Minderheiten beanspruchen alle den gleichen Platz an der Sonne. Geografisch entwickeln sich die Bewegungen, die in jeder dieser Fragen nach Emanzipation verlangen, ungleichmäßig und sind oft hinsichtlich ihrer Bedürfnisse und Forderungen geografisch gespalten. Aber die globalen Konferenzen zu Frauenrechten (in Nairobi 1985 und dann in Beijing 1995, wo die Aktionsplattform verabschiedet wurde) und gegen Rassismus (die sehr viel umstrittenere Konferenz in Durban 2009) bemühen sich, eine gemeinsame Grundlage zu schaffen, und zweifellos ist es zumindest in einigen Teilen der Welt zu gesellschaftlichen Veränderungen hinsichtlich all dieser Punkte gekommen. Wenn diese Bewegungen in einer engen essentialistischen Begrifflichkeit gefasst werden, könnte der Eindruck entstehen, dass sie in einem antagonistischen Verhältnis zum Klassenkampf stehen. In weiten Teilen der akademischen Zunft sind sie gewiss auf Kosten der Klassenanalyse und der politischen Ökonomie in den Vordergrund gerückt. Aber aufgrund der Feminisierung der globalen Arbeitskraft, der fast überall stattfindenden Feminisierung der Armut und der Ausnutzung geschlechtlicher Ungleichheit für die Kontrolle der Arbeit ist die Emanzipation und schließlich die Befreiung der Frauen zu einer notwendigen Bedingung für die Zuspitzung des Klassenkampfes geworden. Das gilt auch für alle anderen Formen der Identität, bei denen wir es mit Diskriminierung und offener Repression zu tun haben. Der Aufstieg des Kapitalismus stützte sich wesentlich auf Rassismus und die Unterdrückung von Frauen und Kindern. Der heutige Kapitalismus könnte theoretisch auch ohne diese Formen der Diskriminierung und Unterdrückung überleben, aber seine politische Fähigkeit dazu würde angesichts einer vereinigten Klassenmacht stark eingeschränkt, wenn nicht sogar gänzlich zerstört werden. An der moderaten Berücksichtigung von Multikulturalismus und Frauenrechten in den Unternehmen, ins-

besondere in den USA, wird deutlich, dass sich der Kapitalismus diesen Dimensionen des gesellschaftlichen Wandels anpassen kann, selbst wenn er zugleich die Hervorhebung von Klassenspaltungen wieder stärker zur Richtschnur seiner Politik macht.

Diese fünf breiten Tendenzen schließen sich nicht gegenseitig aus und stellen auch nicht die einzigen organisatorischen Muster des politischen Handelns dar. Einige Organisationen bringen auf geschickte Weise alle fünf Tendenzen zusammen. Aber es wird noch einer Menge Arbeit bedürfen, um diese verschiedenen Strömungen in Bezug auf die grundlegende Frage zusammenzuführen: Kann sich die Welt materiell, gesellschaftlich, geistig und politisch derartig verändern, dass sich nicht nur die schrecklichen gesellschaftlichen und ökologischen Verhältnisse in großen Teilen der Welt, sondern auch die Verewigung des endlosen Wirtschaftswachstums bekämpfen lassen? Die Unzufriedenen müssen darauf pochen, wieder und wieder diese Frage zu stellen, und sie müssen von denjenigen lernen, die das Elend unmittelbar erleben und mit ihrer praktischen Intelligenz den Widerstand an der Basis gegen die grasslichen Folgen des Wirtschaftswachstums organisieren.

Die Kommunisten, behaupteten Marx und Engels in ihrer im *Kommunistischen Manifest* dargelegten ursprünglichen Konzeption, haben keine politische Partei. Sie bilden zu jeder Zeit und an allen Orten lediglich diejenigen, denen die Schranken, Mängel und zerstörerischen Tendenzen der kapitalistischen Ordnung bewusst sind. Sie durchschauen die unzähligen ideologischen Verschleierungen und verlogenen Rechtfertigungen, die von den Kapitalisten und ihren Apologeten (insbesondere den Medien) produziert werden, um die Macht ihrer eigenen Klasse aufrechtzuerhalten. Die Kommunisten sind all diejenigen, die unablässig daran arbeiten, eine andere Zukunft herbeizuführen, als sie der Kapitalismus bereithält. Das ist eine interessante Definition. Der traditionelle institutionalisierte Kommunismus ist so gut wie tot und begraben, aber nach dieser Definition befinden sich unter uns faktisch Millionen von aktiven Kommunistinnen, die im Sinne ihrer Auffassungen handeln wollen und bereit sind, den antikapitalistischen Imperativ auf kreative Weise umzusetzen. Wenn die Bewegung für eine alternative Globalisierung Ende der 1990er Jahre erklärte »Eine andere Welt ist möglich«, können wir dann nicht auch sagen »Ein anderer Kommunismus ist möglich«? Wenn wir unter den heutigen Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung zu

einer grundlegenden Veränderung kommen wollen, dann werden wir etwas in der Art brauchen.

Der Begriff Kommunismus ist leider derart vorbelastet, dass es schwer wäre, ihn wieder in den politischen Diskurs einzuführen, wie es einigen vorschwebt. In den USA wäre das noch weitaus schwieriger als zum Beispiel in Frankreich, Italien, Brasilien oder sogar in Mitteleuropa. Aber in gewisser Hinsicht kommt es nicht auf den Namen an. Vielleicht sollten wir die Bewegung, unsere Bewegung einfach als antikapitalistisch bezeichnen oder uns selbst die Partei der Empörung nennen, die angetreten ist, um die Partei der Wall Street und ihre Gefolgsleute und Apologeten auf der ganzen Welt zu bekämpfen und zu besiegen, und es dabei belassen. Der Kampf um Überleben und Gerechtigkeit geht nicht einfach weiter – er beginnt aufs Neue. Wenn Empörung und moralische Entrüstung der allein der anscheinend übermächtigen Kapitalistenklasse dienenden Ökonomie der Enteignung entgegenschlagen, dann beginnen ganz verschiedene politische Bewegungen sich notwendigerweise zu vereinigen und die Grenzen von Raum und Zeit zu überwinden.

Um diese politische Notwendigkeit zu verstehen, muss zunächst das Rätsel des Kapitals entschlüsselt werden. Wenn seine Maske gefallen ist und seine Mysterien offen zutage liegen, lässt sich leichter sehen, was zu tun ist und warum und wie wir damit beginnen können. Der Kapitalismus wird nicht von alleine fallen. Er muss gestoßen werden. Die Akkumulation des Kapitals wird nie aufhören. Sie muss beendet werden. Die Kapitalistenklasse wird niemals auf ihre Macht verzichten. Sie muss enteignet werden.

Um zu tun, was getan werden muss, bedarf es der Beharrlichkeit und Entschlossenheit, der Geduld und Schläuheit – gepaart mit dem leidenschaftlichen politischen Engagement, das sich aus der moralischen Empörung darüber speist, was das ausbeuterische Wachstum allen Aspekten des menschlichen und anderen Lebens auf dem Planeten Erde antut. Politische Bewegungen, die dieser Aufgabe gewachsen waren, hat es in der Vergangenheit gegeben. Sie können und werden gewiss aufs Neue entstehen. Ich denke, es ist höchste Zeit.

